

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 28.01.2015

Lfd. Nr. : 12.3

über

Drs. Nr. : 1159/XIX

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Dringlichkeit

nachrichtlich den

schriftlich

Fraktionen der SPD, CDU, Grünen,
Die Linke und Piraten

Konsensliste

Beantwortung der Großen Anfrage

Flüchtlingsunterkünfte in Neukölln

1. Inwieweit sind die Anwohner von der Unterkunft für Geflüchtete am Mariendorfer Weg informiert und wann wird voraussichtlich eine Anwohnerinformationsveranstaltung stattfinden?
2. Gibt es in Neukölln weitere Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen, oder muss bei einer weiteren Verschärfung zur Abwendung einer humanitären Notlage auch in Neukölln eine Sporthalle verwendet werden?
3. Hat der Bezirk aktuell oder schon früher dem LaGeSo Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Neukölln angeboten und wenn ja, welche?
4. Inwieweit ist es möglich, auch bei einer kurzzeitigen Unterbringung von Flüchtlingen für bis zu 30 Tagen Sprachförderung zu leisten und den Kindern ein Besuch in Schulen zu ermöglichen?
5. Ist dem Bezirksamt bekannt, dass der ehemalige Staatssekretär und Bezirksstadtrat Büge als Anteilseigner hinter der Betreibergesellschaft der Unterkunft in der Karl-Marx-Straße steht und wie können Interessenkonflikte bei Entscheidungen z.B. im Zusammenhang mit der Einrichtung der dort geplanten Kita ausgeschlossen werden?

Sehr geehrter Herr Vorsteher / sehr geehrte Frau Vorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Licher,

für das Bezirksamt beantworte ich die Große Anfrage der Fraktion der Linken wie folgt:

Zu 1.: Das Bezirksamt hat mit der Pressemitteilung vom 12.01.2015 die Öffentlichkeit über die Freigabe der ehemaligen mobilen Unterrichtsräume der Hermann-Sander-Schule im Mariendorfer Weg 9 informiert. Vorausgegangen war ein Schreiben des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) vom 06.01.2015 mit der Aufforderung an die Bezirke, Turnhallen im Bezirk zu benennen, um kurzfristig die große Zahl der Flüchtlinge, die nach Berlin kommen, unterzubringen. Damit die Flüchtlinge nicht auf engstem Raum ohne jegliche Privatsphäre leben müssen, hat das Bezirksamt unverzüglich alle denkbaren Alternativen geprüft und mit den ehemaligen mobilen Unterrichtsräumen eine gute und kurzfristig realisierbare Lösung gefunden.

Am 19.01.2015 hat das Bezirksamt zudem alle über 18jährigen Anwohner_innen des Mariendorfer Wegs persönlich angeschrieben und ihnen ausführlich die Situation vor Ort erläutert. BzStR Szczepanski hat außerdem bereits am 14.01.2015 Bewohner_innenvertretung sowie Personalvertretung und Geschäftsführung der Seniorenwohnanlage SunPark in einem persönlichen Gespräch vor Ort über das Vorhaben unterrichtet. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler der Hermann-Sander-Schule wurden durch die Schulleitung informiert. Obwohl im Schreiben des Bezirksamts Telefonnummer und E-Mail-Adresse der Abteilung Soziales angegeben waren, hat es bisher nur wenige Beschwerden gegeben, die sich hauptsächlich auf die Behinderung durch die Führung einer Wasserleitung über den Gehweg bezogen. Zurzeit wird dennoch in Absprache mit der Schulleitung der Hermann-Sander-Schule geprüft, ob dort geeigneter Raum für eine Anwohnerinformationsveranstaltung des Bezirksamts zur Verfügung steht.

Zu 2.: Ob und inwieweit bei einer weiteren Verschärfung der Unterbringungssituation auch in Neukölln eine Sporthalle verwendet werden muss, kann das Bezirksamt derzeit nicht einschätzen, gleichwohl aber eine Beschlagnahme durch das LAGeSo nicht völlig ausschließen. Das Bezirksamt prüft derzeit im ganzen Bezirk alle Möglichkeiten, diese Option zu umgehen, da zum einen die Beeinträchtigung des Schul- und Vereinssports (und ggf damit zusammenhängende negative Diskussionen) vermieden werden soll und zum anderen das gemeinschaftliche Wohnen von Männern, Frauen und Kindern in einer

großen Halle unserer Meinung nach keine geeignete Unterbringungsalternative darstellt.

Zu 3.: Das Bezirksamt hat sich im Zuge der Errichtung der ersten Neuköllner Flüchtlingsunterkunft in der Haarlemer Straße 89 intensiv mit möglichen Standorten befasst und dem LAGeSo seinerzeit verschiedene Vorschläge unterbreitet. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Beantwortung der ersten Fragen in der Großen Anfrage der Fraktion der Piraten (Drs. 0446/XIX) in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln am 05.12.2012. Zu weiteren Unterbringungsmöglichkeiten hat sich das Bezirksamt u.a. in den Beantwortungen der Großen Anfrage der Fraktion der Grünen (Drs. 0878/XIX) bzw. der Mündlichen Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 0901/XIX) in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln am 26.03.2014 positioniert. Die Nutzung des Grundstücks in der neuen Späthstraße/Haarlemer Straße ist letztlich durch Vermittlung des Bezirksamts Neukölln zustande gekommen.

Bis zur Aufgabe der mobilen Unterrichtsräume am Mariendorfer Weg im Dezember letzten Jahres standen in Neukölln jedoch weder ungenutzte bezirkliche Gebäude noch Grundstücke zur Verfügung, die hätten benannt werden können.

Zu 4.: Das Bezirksamt und die Schulaufsicht haben sich darauf verständigt, in Abhängigkeit der jeweiligen Verweildauer der Kinder und Jugendlichen in der Flüchtlingsunterkunft Schulplätze zu schaffen. Da insgesamt von einer hohen Fluktuation in den Lerngruppen ausgegangen werden muss, wird sich der Unterricht im Wesentlichen auf das Erlernen schulischer Regeln und Rhythmen sowie auf den Erwerb grundlegender Ausdrücke des Alltags konzentrieren.

Zu 5.: Ja, dies ist dem Bezirksamt durch Rundschreiben von Flüchtlingsunterstützer_innen bzw. durch Presseberichterstattung bekannt. Der Betreiber der geplanten Unterkunft in der Karl-Marx-Straße, die SoWo-Berlin GmbH, hat auf Nachfrage bestätigt, dass Herr Büge seit dem 26. Januar 2015 nicht mehr an der SoWo GmbH, der Viscura oder an anderen mit diesen zusammenhängenden Gesellschaften beteiligt ist. Ein Einfluss auf die Entwicklung der Unterkunft oder der Kita, den nach Angaben der SoWo-Geschäftsführung auch bisher nicht gab, ist damit auch rechtlich nicht mehr gegeben.